



Olaf Scholz
Bundeskanzler der
Bundesrepublik Deutschland
Bundeskanzleramt
11012 Berlin

Dr. Robert Habeck
Bundesminister
für Wirtschaft und Klimaschutz
Bundesministerium für Wirtschaft
und Klimaschutz
11019 Berlin

Berlin, den 15.08.2024

Kein neues Gasfeld in der Nordsee vor Borkum

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
sehr geehrter Herr Bundesminister,

die Glaubwürdigkeit der Energiewende und der deutschen Klimapolitik stehen aktuell auf dem Spiel: In der Nordsee vor Borkum möchte der niederländische Konzern One-Dyas ein neues Gasfeld erschließen. Ausgebeutet werden soll das Gasfeld N05-A, das je zur Hälfte unter der niederländischen und deutschen Nordsee liegt.

Die Bundesregierung muss dieses Vorhaben stoppen. So drohen durch Bau von Bohrplattform und Seekabel die irreversible Zerstörung ökologisch besonders wertvoller und geschützter Steinriffe. Vor allem aber widerspricht eine neue Gasförderung in der deutschen Nordsee allen Klimazielen und der Energiewende.

Energiepolitisch ist das Projekt bedeutungslos: Nach Angaben des Konzerns One-Dyas sollen für den deutschen Markt jährlich maximal 0,66 Milliarden Kubikmeter Gas aus dem Projekt zur Verfügung gestellt werden. Das ist weit weniger als ein Prozent des aktuellen jährlichen deutschen Gasbedarfs. Es gibt keinen Gasmangel, entsprechend sollte auch die Alarmstufe des Notfallplans Gas zurückgenommen werden - denn mit dieser wird der klimaschädliche Ausbau weiterer fossiler Infrastruktur gerechtfertigt.

Auf der anderen Seite hat das Projekt vor Borkum internationale Signalwirkung. Wie möchte die Bundesregierung die Beschlüsse zum globalen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen der COP28 als eines der reichsten Länder konsequent umsetzen, wenn nicht in Borkum? Denn dort zeigt es sich auf welcher Seite der Geschichte Sie stehen werden.

Die geplante Gasförderung vor Borkum kann verhindert werden. Noch sind in Deutschland die notwendigen Genehmigungen nicht rechtskräftig. Auch fehlt das Unitarisierungsabkommen zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik, das Voraussetzung für eine kommerzielle Förderung ist und vom Kabinett verabschiedet werden muss.

Noch im Koalitionsvertrag hatten die Ampelparteien neue fossile Projekte in der Nordsee ausgeschlossen:

„Wir wollen keine neuen Genehmigungen für Öl- und Gasbohrungen jenseits der erteilten Rahmenbetriebslaubnisse für die deutsche Nord- und Ostsee erteilen.“

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrter Herr Bundesminister, nun ist der Zeitpunkt gekommen, diese Vereinbarung in die Tat umzusetzen. Wir fordern Sie auf, der geplanten Gasförderung vor Borkum ihre Unterstützung zu entziehen und ganz konkret das Unitarisierungsabkommen nicht im Kabinett zu verabschieden.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
DNR



Patrick Rohde
Interim-
Geschäftsführung
Politik
BUND



Christoph Bautz
Geschäftsführender Vorstand
Campact



Sascha Müller-Kraenner
Bundesgeschäftsführer
DUH



Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer
Germanwatch



Martin Kaiser
Geschäftsführender Vorstand
Greenpeace



Jörg-Andreas Krüger
Präsident
NABU



Heike Vesper
Vorständin Transformation und
Wirtschaft
WWF